

«Keine Willkür zulasten der Kinder»

Eltern sollen nach einer Trennung künftig generell das gemeinsame Sorgerecht für die Kinder erhalten. Reto Wehrli (CVP, SZ), der die Gesetzesänderung fordert, ist sicher, dass es betroffenen Kindern nach dieser Änderung besser ginge.

BERN – Über 16000 minderjährige Kinder sind jährlich von einer Scheidung betroffen, sagt die Statistik. In zwei Dritteln der Fälle erhalten die Mütter das Sorgerecht, weil sie in den meisten Fällen die Hauptverantwortung in der Erziehung und Alltagsorganisation tragen. Doch die Gesellschaft ist im Wandel, Väter nehmen zunehmend ihre Pflichten als Papi wahr, wollen sich am Alltag der Kinder beteiligen. Mütter sind gleichzeitig finanziell weniger von ihren Männern abhängig als früher. Aktive Papi sind zwar immer noch stark in der Minderheit, doch die kommende Vätergeneration wird bereits von einem partnerschaftlichen Familienmodell geprägt sein und sich der Verantwortung nicht mehr so einfach entziehen können.

Seit drei Jahren ist das Postulat des CVP-Nationalrates Reto Wehrli (SZ) hängig. Er hat den Bundesrat damit beauftragt, zu prüfen, wie die gemeinsame elterliche Sorge gefördert werden kann, auch wenn die Eltern nicht oder nicht mehr verheiratet sind. Er erwartet Vorschläge, wie das Gesetz, und zwar die entsprechenden Artikel 297 und 298 des Zivilgesetzbuches (ZGB), so geändert werden kann, dass die gemeinsame elterliche Sorge, ob bei unverheirateten oder geschiedenen Eltern, zum Regelfall wird.

Verschiedene Organisationen engagieren sich seit Jahren «gegen diesen Missstand». Unter ihnen Patrick Baumann aus Arbon, der selber «Opfer einer willkürlichen Entscheidung meiner Ex-Frau» wurde, wie er sagt, und heute aktiv für eine Gleichstellung der Eltern kämpft. Er habe sich täglich, wenn auch nicht den ganzen Tag, um seine Tochter gekümmert, sie ins Bett gebracht und mit ihr eine schöne Alltagsbeziehung aufgebaut. «Als wir geschieden wurden, wollte meine Ex-Frau dies nicht mehr, ohne einen Grund dafür zu nennen. Meine Beziehung zum Kind beschränkte sich auf ein Besuchsrecht von ein paar Stunden im Monat.» Dies müsse sich ändern, so Baumann. Denn er sehe nicht ein, wieso eine Beziehung zwi-

schen einem Kind und einem Elternteil scheitern müsse, nur weil sich der andere Elternteil querstelle. Ihm gehe es nicht in erster Linie um die Rechte der Väter, sondern um jene der Kinder, die mit beiden Elternteilen ein gutes Verhältnis haben wollten.

Kinder im Loyalitätskonflikt

S. I. aus Winterthur, die sich zurzeit mit ihrem Mann in der Scheidung befindet und welcher die Obhut für die beiden gemeinsamen Töchter unterliegt, glaubt nicht, dass die gemeinsame elterliche Sorge für die Kinder von Vorteil ist. «Es sei denn, beide Elternteile verfügen über ausserordentlich viel Vernunft», sagt sie. Doch genau diese zu behalten, sei in der heiklen Zeit der Trennung und auch danach ja so schwierig. Denn es falle vielen schwer, die Partnerbeziehung von der Verantwortung als Eltern zu trennen. Sie erlebe zurzeit, wie der Ex-Mann seine durch die Trennung verursachte Gekränktheit an den Kindern auslasse und keine Gelegenheit verpasse, sie, die Mutter, vor den Kindern schlechtzumachen. «Meine Kinder zeigen psychische Störungen, denn sie leiden unter einem grossen Loyalitätskonflikt», sagt S. I. Wären die Kinder zu gleichen Teilen beim Vater, würden sich solche Zustände nur verschlimmern, ist sie überzeugt.

Eltern haben Verantwortung

Was also bringt es, die gemeinsame elterliche Sorge als Regelfall einzuführen, wenn in der Praxis die Probleme für die Kinder dadurch nur noch grösser werden, als sie ohnehin schon sind? Postulant Reto Wehrli hat vor allem ein Ziel: «Dass die Frage der elterlichen Sorge nicht mehr vom Zivilstand abhängt, denn für Kinder spielt der Zivilstand der Eltern keine Rolle.» Dass die Probleme, die bei einer Trennung entstehen, damit nicht gelöst seien, sei klar, so Wehrli. Aber die elterliche Sorge als Regelfall trage der Gesellschaft, wie sie heute sei, Rechnung. «Mit der gemeinsamen elterlichen Sorge können wir den Eltern



Gemeinsames Sorgerecht angestrebt: Geschiedene Väter wollen sich immer mehr um ihre Kinder kümmern. Bild: key

Eine Interessengemeinschaft leistet Vorarbeit

Die Mühlen in der Verwaltung zu Bundesbern mahlen bekanntlich langsam. Die «Schweizerische Gemeinschaft Vereinigung für gemeinsame Elternschaft» (Gecobi), Dachverband von überwiegend regional verankerten Organisationen und Einzelpersonen, die vornehmlich in der Beratung von Vätern und nicht sorgberechtigten Müttern tätig sind,

hat deshalb bereits Vorarbeit geleistet. Laut einem von ihr ausgearbeiteten Gesetzesentwurf üben beide Elternteile die Betreuung des Kindes je zur Hälfte aus, sofern nicht wichtige Gründe dagegen sprechen. Weiterhin soll aber das Gericht über die Verteilung der Unterhaltskosten entscheiden. Will ein Vater trotzdem 100 Prozent arbeiten, obwohl die Mutter

ebenfalls berufstätig ist, sorgt er zur Hälfte dafür, die fehlende Betreuungszeit für das Kind zu regeln oder delegiert die Aufgabe aktiv an die Mutter, sofern sie damit einverstanden ist. Falls nötig, soll mittels Mediation eine gütliche Beilegung von Streitigkeiten erzielt werden. (kal)

www.GeCoBi.ch

sagen: Trennt eure kaputte Beziehung von eurer Aufgabe als Eltern. Eltern bleibt ihr nämlich weiterhin. Die Gesellschaft verlangt von euch, für das Interesse des Kindes einzustehen, wenn nötig mit Hilfe einer Mediation.»

Wehrli ist zuversichtlich, dass sein Postulat die dafür nötige Gesetzesänderung erzielt. Die überparteiliche Unterstützung von links bis rechts deutet darauf hin, dass sich bald et-

was ändern wird. Selbst in der SP, wo Jacqueline Fehr und Anita Thanei mit wehenden Fahnen dagegen kämpften, «weil die Gleichstellung von Mann und Frau erst andernorts erreicht werden muss», gibt es jüngere Politikerinnen, die das anders sehen.

So hat etwa Chantal Galladé bereits 2005 Wehrlis Postulat unterzeichnet und sich dafür starkgemacht. In Deutschland und in anderen europä-

schen Staaten habe man übrigens positive Erfahrungen mit der gemeinsamen elterlichen Sorge als Regelfall gemacht, wie CVP-Vertreter Wehrli sagt: «Die Situation hat sich für die Kinder als konfliktmindernd erwiesen, die Zahlungsmoral der Väter ist besser, denn sie fühlen sich mit der grösseren Verantwortung für ihre Kinder nicht mehr als reine Zahlväter.»

(KARIN LANDOLT)

Atomschmuggler freigelassen

BERN – Der mutmassliche Atomschmuggler Urs Tinner ist nach über vierjähriger Haft wieder auf freiem Fuss. Sein Bruder Marco bleibt hingegen vorläufig in Haft, weil die Bundesanwaltschaft (BA) die vom eidgenössischen Untersuchungsrichter verfügte Freilassung angefochten hat. Der 43-jährige Urs Tinner konnte das Gefängnis schon vor Weihnachten verlassen. Die Haftgründe im Falle von Marco Tinner seien weiterhin gegeben, sagte die BA-Sprecherin. Man befürchte, dieser könnte zu seiner Frau nach Asien flüchten und dort sensible Daten auf einem Computer behändigen. (ap)

Calmy-Rey für zusätzliche Hilfe

BERN – Bundesrätin Micheline Calmy-Rey will die Schweizer Wirtschaft mit weiteren Massnahmen ankurbeln: «Ich bin der Meinung, dass ein zusätzliches Konjunkturprogramm mit weiteren, schnell wirkenden Massnahmen nötig ist», sagt sie in einem Interview mit der «Sonntags-Zeitung». Sie halte viele Vorschläge der Parteien für sinnvoll, unter anderem einen Vorstoss der SVP. Diese verlangt, den Überschuss von 4,6 Milliarden Franken, den der Bund im laufenden Jahr erzielen wird, an die Bevölkerung zu verteilen. Damit erhöhte jeder Einwohner gut 500 Franken ausbezahlt. (sda)



Kampf gegen Aggression: eine Aktion der Zugbegleiter am Wochenende. Bild: key

Begleitung für Zugbegleiter

Die SBB wollen in rund einem Jahr Zugbegleiter in allen Zügen nur noch in Doppelbesetzung einsetzen.

BERN – Diese Massnahme sei nicht eine Folge des Angriffs auf einen SBB-Zugbegleiter am Weihnachtstag in Gossau, sondern schon seit Längerem geplant, sagte SBB-Sprecher Danni Härry. Der Ausbau der Sicherheit lasse sich aber nicht von heute auf morgen umsetzen.

In Problemzügen werden Zugbegleiter bereits in der zweiten Hälfte Januar oder Anfang Februar neu von Securitas-Mitarbeitern begleitet. Die flächendeckende Doppelbesetzung soll laut Härry in rund einem Jahr umgesetzt werden.

Eine Zunahme der Gewalt in den Zügen stellten die SBB allerdings

nicht fest. 2007 wurden insgesamt 230 Übergriffe auf Zugpersonal registriert. Bis Ende Oktober 2008 waren es 190. Die SBB rechnen bis Ende 2008 mit insgesamt 210 Übergriffen.

Nach dem Vorfall in Gossau hatte der Schweizerische Eisenbahn- und Verkehrspersonal-Verband (SEV) am Samstag von den SBB die sofortige Umsetzung von Sicherheitsmassnahmen gefordert. Zudem trugen am Samstag Zugbegleiterinnen und Zugbegleiter in der ganzen Schweiz Armbinden mit der Aufschrift «Stop Aggression». Damit sollte Solidarität mit jenen Zugbegleitern manifestiert werden, die Opfer von Übergriffen waren, heisst es in einer SEV-Mitteilung. Trotz mehreren Treffen mit den Spitzen der SBB und deren Ankündigung von Massnahmen habe sich die Situation im Verlauf des Jahres weiter zugespitzt, kritisiert der SEV. (sda)

Reeder sehen einen Einsatz der Armee skeptisch

Die Schweizer Reeder sind sich nicht einig über die geplante Militäraktion gegen Piraten. Der Einsatz von bewaffneten Schweizer Soldaten stösst auf Widerstand.

BERN – Seeräuber hatten vorletzte Woche vor der Küste Somalias versucht, auch einen Schweizer Frachter zu kapern. Daraufhin bat der Verband Schweizerischer Seereeder den Bund um Schutz. Derzeit wollen jedoch nur zwei von sechs Reedereien Soldaten auf ihren Schiffen, wie das Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) eine Information der «Sonntags-Zeitung» bestätigte.

Wenn sich die Schweiz jedoch an der EU-Mission «Atalanta» zum Schutz der Schiffe beteilige, müsse sie auch eigene Soldaten schicken, sagte Ausministerin Micheline Calmy-Rey in einem Interview mit der Zeitung. Ein rein finanzielles Engagement an der Mission sei nicht möglich. «Damit die EU und die Uno unsere Schiffe schützen, müssen wir uns militärisch an der Mission beteiligen», sagte die Bundesrätin. Ansonsten hätten Schweizer Schiffe «praktisch keine Chancen auf irgendwelchen Schutz».

Am 16. Dezember nahmen ein Schweizer Diplomat und ein Vertreter

der Armee an einer Vorbereitungs-konferenz für «Atalanta» im englischen Northwood teil. Die EU habe die Schweiz um eine Beteiligung an der Mission angefragt, bestätigte EDA-Sprecherin Nadine Olivieri einen Artikel in der «NZZ am Sonntag». Mehrere EU-Staaten wollen mit «Atalanta» ihre Handelsschiffe mit Kriegsschiffen schützen. Unter diesen Schutz könnten sich auch Schweizer Schiffe stellen.

Der Bundesrat hatte sich in einem Grundsatzbeschluss für einen Einsatz im Golf von Aden ausgesprochen. Derzeit müssen jedoch noch militärische, finanzielle und rechtliche Fragen geklärt werden. Unklar ist unter anderem, ob das Parlament zuerst über die Entsendung der Soldaten befinden muss oder ob die Regierung aufgrund der Dringlichkeit allein grünes Licht geben kann.

Bundesrat: Polizeiaktion

Nach Ansicht des Bundesrates handelt es sich nicht um einen Kampfeinsatz der Armee im Ausland, sondern um eine «von der Uno bewilligte Polizeiaktion zur Durchsetzung von Völkerrecht». Zum Einsatz kommen sollen nach Angaben Calmy-Reys Spezialtruppen des Armeee-Aufklärungs- Detachements 10. Ihm gehören etwa 50 Berufssoldaten an, die für den Schutz von Personen und Material im Ausland ausgebildet sind. (sda)